

Stand: 07.07.2025 05:40:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21036

"Haushaltsplan 2022 hier: Einmalzahlung in Höhe von 145 Euro an gehörlose Menschen mit dem Merkzeichen GI (Kap. 10 03 neuer Tit. 681 02)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21036 vom 10.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21903 des HA vom 22.02.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 10)



Änderungsantrag

der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Josef Zellmeier, Thomas Huber, Dr. Gerhard Hopp, Martin Bachhuber, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Franz Rieger, Sylvia Stierstorfer, Andreas Schalk, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Haushaltsplan 2022

**hier: Einmalzahlung in Höhe von 145 Euro an gehörlose Menschen mit dem Merkzeichen GI
(Kap. 10 03 neuer Tit. 681 02)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 10 03 wird ein neuer Tit. 681 02 „Einmalzahlung an gehörlose Menschen mit dem Merkzeichen GI“ geschaffen und mit einem Ansatz von 1.325,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Blinde und taubblinde Menschen erhalten nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz (BayBlindG) bereits einen Ausgleich für ihre blindheitsbedingten Mehraufwendungen. Aufgrund ihres deutlich erhöhten Assistenzbedarfs erhalten taubblinde Menschen seit 1. Januar 2013 ein Blindengeld in doppelter Höhe. Zudem wurde zur finanziellen Unterstützung von hochgradig sehbehinderten und hochgradig sehbehinderten Menschen, die gleichzeitig auch gehörlos sind (taubsehbehinderte Menschen), zum 1. Januar 2018 die Einführung eines Sehbehinderten- und eines Taubsehbehindertengelds beschlossen.

In Bayern leben nach Angabe des Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) knapp 9 000 Menschen, die das Merkzeichen GI (Gehörlos) in ihrem Schwerbehindertenausweis haben und aktuell keinen Ausgleich erhalten. Hörbehinderung ist in erster Linie eine Kommunikationsbehinderung und stellt eine Barriere in der alltäglichen Kommunikation zwischen Menschen dar. Typische behinderungsbedingte Mehraufwendungen fallen bspw. an für Kommunikationshilfen, Dolmetscher, behindertenbedingte Fahrtkosten, Zusatztechnik oder Verschleiß technischer Geräte. Vor dem Hintergrund, dass die Coronapandemie Kommunikationsmöglichkeiten explizit für hörbeeinträchtigte Menschen noch einmal erschwert hat, soll im Hinblick auf den alltäglichen technischen Mehraufwand, eine Einmalzahlung in Höhe von 145 Euro an gehörlose Menschen mit dem Merkzeichen GI im Rahmen der Krisenbewältigung geleistet werden.

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21903 des HA vom 22.02.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Susann Enders

Abg. Claudia Köhler

Abg. Jan Schiffrers

Abg. Doris Rauscher

Abg. Julika Sandt

Abg. Thomas Huber

Abg. Kerstin Celina

Staatsministerin Ulrike Scharf

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 10

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie,
Arbeit und Soziales**

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE
WÄHLER (Drsn. 18/21066 mit 18/21074 und 18/21260)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-
Fraktion (Drsn. 18/21035 mit 18/21041)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20856 mit
18/20870)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20969 mit 18/21000)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20703 mit
18/20721)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20756 mit 18/20780)

Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der FDP-Fraktion (Drs. 18/21042)

Einzelheiten hierzu können Sie der Tagesordnung entnehmen. Als Gesamtredezeit wurden 45 Minuten vereinbart. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/20858 und 18/21042 und die SPD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/20708 und 18/20720 jeweils namentliche Abstimmungen beantragt haben.

Ich eröffne die Aussprache. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Guten Morgen. Mir geht es wie allen Vorrednern: Auch ich muss auf die aktuelle Lage und die Entwicklung in den letzten zwei Jahren in meinem Redebeitrag zumindest kurz eingehen. Mittlerweile sind es über zwei Jahre, in denen uns die Corona-Pandemie hier im Bayerischen Landtag beschäftigt und die Menschen in ganz Bayern bewegt. Seit mittlerweile knapp sechs Wochen kommt nun der Angriffskrieg Putins in der Ukraine hinzu. Ich glaube, es gibt nur ganz wenige in Bayern, in Deutschland und auch hier im Hohen Haus, deren Arbeit, deren Leben und auch deren politische Arbeit sich deshalb nicht fundamental geändert hätten.

Dies gilt auch für uns als Parlament und vor allem für uns als Haushaltsgesetzgeber. Wir fahren auch in diesem Jahr mit unserem Haushalt, einem Ein-Jahres-Haushalt, auf Sicht. Wir mussten und müssen auch weiterhin gemeinsam mit der Staatsregierung einen gewaltigen finanziellen Kraftakt bewältigen, einen Spagat, um es genau zu sagen. Hilfen für die Wirtschaft, Ausgaben für die Rettungsschirme, gewaltige Kosten im Gesundheitsbereich, aber auf der anderen Seite auch massive Steuerausfälle für uns alle – es war, ist und bleibt eine Herausforderung, einen Haushalt aufzustellen. Jetzt, mitten im Angriffskrieg in der Ukraine mit all seinen wirtschaftlichen Auswirkungen – wir haben es im vorherigen Tagesordnungspunkt gehört –, stehen wir an einer entscheidenden Wegmarke beim Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Solidarität in der Gesellschaft ist jetzt mehr denn je gefragt. Dieser Zusammenhalt, meine Damen und Herren, und diese Solidarität machen mir aber auch gerade jetzt in diesen Zeiten Mut. Es ist schon beeindruckend zu sehen, wie Tausende Menschen in ganz Bayern Mitmenschlichkeit gegenüber den Geflüchteten aus der Ukraine zeigen. Ich spreche Ihnen allen in ganz Bayern meinen persönlichen Respekt und meinen Dank für dieses Engagement aus, meine Damen und Herren! Sie alle draußen im Land, aber auch hier im Hohen Haus zeigen damit: Demokratie und sozialer Zusammenhalt gehören zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Daher ist es ein wichtiges Signal, heute nach sehr intensiven Beratungen im Haushaltsausschuss mit einer Rekordzahl an Anträgen auch einen Rekordsozialhaushalt vorzulegen. Nachdem der Haushalt im letzten Jahr erstmals in der Geschichte Bayerns die Schwelle von 7 Milliarden Euro überschritten hat, steigt er 2022 nochmals um 4,5 % auf 7,35 Milliarden Euro an. Dies ist ein Signal, dass wir als Koalition auch weiterhin den Schwerpunkt im Haushalt auf die Familien als Kern unserer Gesellschaft setzen, also gerade auf diejenigen, die in den letzten Jahren der Pandemie einen besonderen und schweren Beitrag leisten mussten: die Eltern, Jugendlichen, Kinder und Kleinsten. Ich habe allerhöchsten Respekt vor der Leistung, die sie alle erbringen mussten. Ich habe selbst zwei Kinder im Grundschul- und Kindergartenalter, und ich weiß um die Sorgen der Eltern. Ich kenne den Spagat zwischen Beruf, Familie und Homeschooling, der geschafft werden musste, und ich weiß auch um die Belastung der Kinder in diesen Zeiten.

Deswegen ist es richtig, dass Familienleistungen in unserem Haushalt nach wie vor den Schwerpunkt darstellen, nicht nur, wenn es um die Rückerstattung der Kitabeträge ging, die im Sonderfonds gelaufen sind, sondern auch in Form von konkreten Familienleistungen, die 4,1 Milliarden Euro ausmachen, meine Damen und Herren, und damit eine halbe Milliarde Euro mehr als noch 2020, was fast 60 % des vorliegenden Haushalts entspricht. Im Mittelpunkt stehen für uns nach wie vor die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Stärkung der Kindertageseinrichtungen, meine Damen und Herren. Wir unterstützen die Gemeinden und Städte nach wie vor massiv beim Ausbau der Betreuungsplätze. Seit 2008 wurden insgesamt 1,2 Milliarden Euro an Landesmitteln eingesetzt, um insgesamt 2 Milliarden Euro an Förderungen auf den Weg zu bringen, und das – dies möchte ich hier und heute unterstreichen – für eine kommunale Aufgabe. Das heißt, der Freistaat Bayern steht hier zu seinen Kommunen, und das ganz zu Recht.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Ziele im Koalitionsvertrag haben wir schon lange mehr als erreicht und übererfüllt, auch bei der Abfinanzierung des Sonderinvestitionsprogramms des Bundes. Insgesamt haben wir 73.500 Kinderbetreuungsplätze und 10.000 Hortplätze auf den Weg gebracht. Dies ist eine Dynamik, wie sie kein anderes Bundesland in Deutschland vorweisen kann. Was wir jetzt hier in Bayern brauchen, sind nicht nur neue Ankündigungen des Bundes für ein weiteres Investitionsprogramm, sondern auch eine konkrete Umsetzung. Dies bedeutet, nicht nur anzukündigen und zu reden, sondern auch zu beschließen und konkret zu liefern. Hier brauchen wir weiterhin den Bund an unserer Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sprechen Sie mit Ihren Kollegen der Ampelkoalition in Berlin! Hier muss geliefert werden.

Selbstverständlich investieren wir in Bayern auch weiterhin in die Qualität der Kinderbetreuung. Betriebskostenförderung ist das konkrete, sichtbare Zeichen, dass wir an der Seite der Einrichtungen und der Träger stehen. In diesem Jahr gibt es erstmals über 2 Milliarden Euro für die Betriebskosten. Ich kenne die Debatte, die darüber in den vergangenen Jahren stattgefunden hat, aus den Ausschüssen, vor allem aus dem Sozialausschuss. Ja, wir setzen auch Geld für die Qualitätsverbesserung, den Leistungsbonus, den Verwaltungsbonus, die Tagespflege, die Qualitätsbegleitung und die Digitalisierung ein. In einer dritten Säule stehen wir in Bayern anders als andere Länder nach wie vor auch dazu, die Erziehungsleistung wertzuschätzen und anzuerkennen. Mit dem Beitragszuschuss für die Eltern, dem Krippengeld und dem Bayerischen Familiengeld unterstützen wir Familien direkt. Diese Leistung erbringt nur Bayern, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Nach wie vor helfen wir Paaren bei der Kinderwunschbehandlung, haben aber auch die Jugendlichen, die ich schon angesprochen habe, besonders im Blick, die von den Kontaktbeschränkungen stark betroffen waren. Unsere Jugendarbeit mit ihren haupt- und ehrenamtlichen Helfern sind sehr wichtige Stützen, denen wir beiseite stehen müssen. Die Ausstattung – Frau Ministerin, vielen Dank dafür – beträgt mittlerweile

insgesamt fast 36 Millionen Euro, die wir für die Jugendarbeit einsetzen können, deren Beitrag wir in und nach Corona sehen und unterstützen müssen. Wir müssen die sozialen Kontakte stärken, um Kindern und Jugendlichen gerade jetzt Halt zu geben. Ich spüre dies selbst. Ich bin nebenbei noch immer in jeder freien Minute, sofern es irgendwie möglich ist, als Jugendleiter beim Fußballtraining unterwegs, und was sehe ich? – Eine große Nachfrage bei Kindern und Familien, sich jetzt auszutauschen und wieder am Training teilzunehmen. Wir müssen die Jugendarbeit auch mit Geld unterstützen und wertschätzen.

Deswegen halte ich auch bei diesen Beratungen dagegen und werde es auch in der Zukunft tun, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, wenn Sie die Axt an die Jugendarbeit legen wollen, wenn Sie hier gerade beim Bayerischen Jugendring immer wieder die Anträge einbringen, zu kürzen und Leistungen zu streichen, weil Ihnen die Positionierung des Jugendrings nicht passt. Ich sage immer und sage es auch heute: Ich danke dem Bayerischen Jugendring für seine wertvolle Arbeit für die Demokratie und für die Stärkung der Jugendlichen in Bayern. Wir werden als CSU-Fraktion auch in der Koalition weiter an der Seite der Jugendlichen stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir tun das bei den Ehrenamtlichen mit weiteren Anträgen, aber auch bei denjenigen, die eben nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Wir sehen in diesem Haushaltsentwurf ja gerade, welch großen Bogen die Sozialpolitik spannen muss, zum Beispiel auch beim Bereich der Vertriebenen. Dieses Thema ist jetzt aktueller denn je. Hier stehen wir an der Seite der Vertriebenen, die in den vergangenen Jahrzehnten einen ganz wertvollen Beitrag zum Aufbau unseres Landes geleistet haben, an der Seite der Sudetendeutschen. Das ist im Haushalt ebenfalls abgebildet. Sie sind mittlerweile eine ganz wichtige, wertvolle Brücke zu Tschechien und bleiben es. Hier werden das Sudetendeutsche Museum und die "Sudetendeutsche Zeitung", um nur einige Beispiele zu nennen, von unserer Seite unterstützt.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ausgewogen. Er ist ein kräftiges Signal für ein soziales Bayern, ein menschliches Bayern, ein Bayern als Familienland. Ich danke allen, die sich beteiligt haben, der Ministerin, dem Finanzminister, allen Mitdiskutanten, die Anträge eingebracht haben, die auch richtig sind; die Diskussion war wichtig. Ich danke ebenso allen, die als Steuerzahler ermöglichen, dass wir diesen Sozialhaushalt beschließen können.

Meine Damen und Herren, ich bitte für die CSU-Fraktion um Zustimmung zum vorliegenden Haushalt. Er ist ein wichtiges, kraftvolles Signal für ein soziales Bayern. Deswegen sage ich vielen Dank an Sie alle.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hopp. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Eva Lettenbauer.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! In der pädagogischen Praxis gibt es einen Grundsatz: zuhören. Nur wer zuhört, kann an den Bedürfnissen anderer orientiert arbeiten. Das sollte auch in allen politischen Bereichen gelten, aber ganz besonders in denen, die sich in diesem Einzelplan – Arbeit, Familie, Soziales – finden. Leider geht die Staatsregierung aber nach dem Motto "Schönreden statt zuhören" vor.

Greifen wir mal die Berufseinstiegsbegleitung heraus. Sie hat bisher jährlich 3.500 Schüler*innen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben gefördert. Die Berufseinstiegsbegleitung ist eines der erfolgreichsten Projekte zur Unterstützung von Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf. Sie ist eine der wenigen Maßnahmen in Bayern, die wirklich hilft, Bildungsungerechtigkeit zu bekämpfen und Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Sie hat sehr, sehr vielen jungen Menschen einen guten und nachhaltigen Start in Ausbildung und Beruf ermöglicht. Was macht die Staatsregierung? – Sie beendet die Berufseinstiegsbegleitung. Liebe Kolleg*innen in den Regierungsfraktionen, hören Sie den Menschen zu! Beschönigen Sie nicht die hausgemachten Pro-

bleme! Lassen Sie junge Menschen auf dem Weg in den Beruf nicht alleine, unterstützen Sie sie bei dem Weg in ein gutes Leben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz genauso läuft es zum Beispiel bei der "Second Stage"-Förderung durch den Freistaat. In "Second Stage"-Projekten finden Frauen und Kinder nach einem Aufenthalt im Frauenhaus weiterhin Unterstützung. Sie verlängern aber hier leider wieder mal nur die wenigen Modellprojekte. Dagegen braucht es zügig eine Förderrichtlinie für eine Regelförderung, damit nicht nur an Modellorten, sondern in ganz Bayern "Second Stage"-Projekte für Frauen entstehen können. Auch hier – das haben wir vergangene Woche in der Anhörung noch einmal deutlich gehört – rufen die Träger, rufen die Menschen nach Planungssicherheit. Es braucht deutlich mehr Plätze und eine langfristige Finanzierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz besonders braucht es dies angesichts der eklatant fehlenden Frauenhausplätze in Bayern. Hier verweigert die Staatsregierung es quasi aus Tradition, eine angemessene Anzahl zu schaffen. Träger und Kommunen rufen aber seit Jahren nach mehr und nach besserer Unterstützung. Liebe Frau Sozialministerin, brechen Sie mit der Tradition Ihrer Vorgängerinnen und machen Sie dieses Verantwortungs-Schwarze-Peter-Spiel nicht mehr mit! Es ist Aufgabe des Freistaats, Frauen ausreichend Schutzräume vor Gewalt bereitzustellen und nicht Kennzahlen oder Werte schönzurechnen oder schönzureden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuhören statt schönreden, handeln statt Verantwortung hin- und herschieben – das muss unsere Maxime sein. Auch wenn es um die Jugendhilfe in Bayern geht, wird von der Regierungskoalition leider wieder schöngeredet. Die Freien Träger sollen mehr Jugendhilfe anbieten. Genauso so ist es; das ist wichtig. Aber damit ein Träger Finanzie-

rung des Freistaats für mehr Angebote bekommt, muss er mehr eigenes Geld vorweisen. Das ist aber nicht vorhanden. Woher auch? – Eigenanteil der Träger darf nicht nur Bargeld sein. Eigenleistung muss anerkannt werden. Wir GRÜNEN haben dazu bereits einen Gesetzentwurf eingebracht. Liebe Kolleg*innen, Sie standen hier am Redepult und haben uns erzählt, dass es kein Problem gibt. Ich kann Ihnen sagen: Auf mich sind Träger aus ganz Bayern zugekommen und haben sich dafür bedankt, dass wir das Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Hören Sie auf Träger, Jugendliche, Frauen, Bürger*innen oder im Zweifel auf die reine Vernunft! Ich habe eine gute Nachricht, liebe Kolleg*innen in der Staatsregierung und in den Regierungsfraktionen: Zuhören ist eine erlernbare Kompetenz. Dann muss man auch gar nichts mehr schönreden; denn dann kann man endlich handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Lettenbauer. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Frau Kollegin Susann Enders das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Warum der Staat jetzt investieren muss" – diese Aussage, diese Schlagzeile war in den vergangenen Monaten während der Corona-Pandemie in zahlreichen Medien und Fachjournalen zu lesen. Warum der Staat gerade jetzt, in dieser für die Gesellschaft so schwierigen Zeit, die Menschen, Unternehmen und Institutionen nicht hängen lassen darf, liegt nahe. Dass er auch in Bayern im Staatshaushalt 2022 dafür erhebliche Sonderbelastungen stemmen musste, ist die logische Konsequenz.

Knapp 71 Milliarden Euro betragen die Gesamtausgaben im Haushaltsplan. Dieser Gesamtplan zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass im Bereich "Familie, Arbeit und Soziales" Rekordsummen von knapp 7,4 Milliarden Euro fließen, sogar 314 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Als FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion investieren wir zusammen mit unserem Koalitionspartner massiv in unseren Nachwuchs, in unsere Kinder. Wir werden 73.500 Betreuungsplätze für Kinder in der Altersgruppe bis zur Einschulung fördern. Gerade mit uns FREIEN WÄHLERN haben Kinder und Familien einen neuen Stellenwert im Freistaat erreicht. Mit einem Kindergartenzuschuss von 100 Euro pro Kind und Monat werden Familien seit dieser Legislatur unterstützt, ebenso mit dem Krippengeld. Für die Förderung von Kindertageseinrichtungen sind insgesamt rund 2,9 Milliarden Euro vorgesehen, das sind rund 76 Millionen Euro mehr als im Jahr 2021. Die Mittel stehen unter anderem für die Betriebskostenförderung nach dem BayKiBiG, den Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen, die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung und das Bayerische Krippengeld zur Verfügung. Für das Bayerische Familiengeld sind rund 770 Millionen Euro vorgesehen. Das Sonderinvestitionsprogramm haben wir immer weiter gestärkt, sodass wir das ursprüngliche Ausbauziel von 42.000 Betreuungsplätzen im Freistaat Bayern übertreffen konnten.

Im Einzelplan 10 sind 75,1 Millionen Euro – das sind Bundes- und Landesmittel – zur Finanzierung des 4. Sonderinvestitionsprogramms sowie zur Finanzierung von 10.000 Hortplätzen vorgesehen. Darüber hinaus sind 90 Millionen Euro zur Finanzierung des 4. Sonderinvestitionsprogramms im Corona-Investitionsprogramm eingestellt.

Mich freut besonders, dass das Thema "Bayern barrierefrei" ebenfalls von der Staatsregierung weiter anerkannt und honoriert wird. Ziel ist, den Freistaat im gesamten öffentlichen Raum und im ÖPNV barrierefrei zu gestalten. Das ist unser Ziel. Natürlich gibt es hier noch zahlreiche Lücken. Meine Damen und Herren, wer mit der Bahn unterwegs ist, kann davon ein Lied singen. Das ist für den Freistaat aber kein Grund lockerzulassen. "Bayern barrierefrei" ist vielschichtig; es wird zwar nicht bis 2023 geschafft werden, aber wir bleiben dran und müssen es weiterhin im Auge behalten. Mobilität, Bildung, Angelegenheiten im Bereich der Kita, staatliche Gebäude, Information und Kommunikation – es gibt viele Schwerpunkte. Im Jahr 2022 stehen

dafür Mittel von rund 146 Millionen Euro bereit. Auch in den kommenden Jahren muss die Barrierefreiheit weiterhin Schritt für Schritt finanziert werden.

Unserer FREIEN-WÄHLER-Fraktion waren bei den Haushaltsberatungen viele Dinge ganz besonders wichtig, denen wir mit unseren Änderungsanträgen besondere Aufmerksamkeit schenken, wie zum Beispiel die im Freistaat vorhandenen Bahnhofsmissionen. Es sind 13 an der Zahl. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter helfen dort jedem, der ohne Anmeldung kommt, gratis, ohne Voraussetzungen zu stellen. Bahnhofsmissionen helfen vor Ort. Sie passen ihre Hilfsangebote in der Corona-Krise kontinuierlich an. Der Hilfe- und Hygienebedarf steigt im Rahmen der Krisenbewältigung, sodass die Bahnhofsmissionen durch die Verstärkung der Mittel in Bayern coronabedingte Mehrausgaben zu kompensieren hatten und das jetzt auch können. Die Mittel dafür steigen auf 3,3 Millionen Euro.

Unterstützenswert ist ebenso das Projekt des Vereins Cassandra für alle Menschen, die als Sexarbeiterinnen bzw. Sexarbeiter oder anderweitig in diesem Gewerbe tätig sind. Der Verein leistet in einer Branche Hilfe, die viele nicht sehen wollen. Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt und setzt sich seit 1987 ein. Seine Förderung soll um weitere 50.000 Euro steigen.

Auch wenn das im Vergleich zum Gesamthaushalt nur kleine Summen sind, ist es doch wichtig, auch genau dort zu investieren; denn nicht nur die großen Summen, die großen Brocken, sind wichtig.

Um 250.000 Euro, auf 1,3 Millionen Euro, wollen wir die Unterstützung für zwei Projekte im Bereich Teilzeit anheben, nämlich für "Meine Chance 2.0" des Sozialdienstes katholischer Frauen sowie das Projekt "Chance Berufsabschluss in Teilzeit" der beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft. Mit der Verstärkung dieser Mittel für die Förderung der Teilzeitausbildung kann die Inanspruchnahme dieses Ausbildungsmodells noch attraktiver und vor allem zielgruppenspezifischer gestaltet werden.

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 sind außerdem eine Einmalzahlung an gehörlose Menschen mit dem Merkzeichen "Gl" geschaffen. Vor dem Hintergrund, dass die Corona-Pandemie Kommunikationsmöglichkeiten explizit für hörbeeinträchtigte Menschen weiter erschwert hat, soll im Hinblick auf den alltäglichen technischen Mehraufwand und im Rahmen der Krisenbewältigung eine Einmalzahlung in Höhe von 145 Euro an gehörlose Menschen mit dem Merkzeichen "Gl" geleistet werden. Das ist leider noch lange nicht das dringend von uns geforderte und benötigte Gehörlosengeld, aber auch für dieses werden wir FREIEN WÄHLER uns weiterhin innerhalb der Koalition einsetzen.

Das Projekt Anlaufstellen für Bildung und Bürgerschaftliches Engagement der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung soll im Rahmen einer kurzen Überbrückungszeit fortgeführt werden. Die Anschubfinanzierung ist zeitlich bis Ende August 2022 befristet. Eine Anschubfinanzierung für die Monate September bis Dezember wollen wir jetzt geben.

Es gibt noch vieles, was ich aufzählen könnte, aber die Redezeit läuft ab. Ich kann nur sagen: Ich bitte Sie um Zustimmung zu den von den FREIEN WÄHLERN und der CSU eingebrachten Haushaltsvorschlägen zum Einzelplan 10.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Enders. – Es liegt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Claudia Köhler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Enders, ich möchte nur klarstellen: Das Gehörlosengeld haben nicht Sie gefordert, sondern wir GRÜNEN mit einem Antrag, und das haben auch andere Oppositionsparteien gefordert. Sie haben es im Ausschuss abgelehnt. Ich hoffe, Sie stimmen heute bei der namentlichen Abstimmung zu.

Ich habe mich aber gemeldet, um Sie zu fragen, wie Sie heute bei der namentlichen Abstimmung zur Berufseinstiegsbegleitung abstimmen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Zur namentlichen Abstimmung zur Berufseinstiegsbegleitung werde ich genauso wie Sie nach bestem Wissen und Gewissen abstimmen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Enders, vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Schiffers für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Nachdem die gravierenden Folgen von zwei Jahren fehlgeleiteter Corona-Politik gleichermaßen drakonischer wie unwirksamer Maßnahmen immer deutlicher zutage treten, kommt dem ohnehin wichtigen Haushalt im Bereich Soziales nochmals eine ganz besondere Bedeutung zu.

Der aktuelle Krieg in der Ukraine, für den einzig und allein die russische Regierung die Verantwortung trägt, verschärft die Lage gerade im sozialen Bereich weiter. Die Vorgehensweise des Regimes in Moskau führt nicht nur auf europäischer Ebene und auf Bundesebene zu erheblichen Verwerfungen, sondern auch bei uns in Bayern. Vor diesem Hintergrund hält der Haushaltsentwurf einer kritischen und unideologischen Prüfung nicht komplett stand.

Im Einzelnen: Dass bezahlbarer Wohnraum in Bayern, insbesondere in den Ballungsräumen, knapp ist, ist zwar allgemein bekannt; dennoch ist der Staatsregierung die nennenswerte Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum nicht gelungen. Es sieht aktuell auch nicht danach aus, dass dieses Problem in dieser Legislaturperiode noch ernsthaft angegangen wird. Auch infolgedessen ist Obdachlosigkeit im Freistaat ein ernstes Problem.

Die aktuelle Situation in der Ukraine verschärft die in Bayern bestehende Wohnungsnot bereits jetzt und wird sie durch die Ankunft weiterer Flüchtlinge noch weiter ver-

schärfen. Selbstverständlich bin ich der Meinung, dass die fliehenden ukrainischen Frauen und Kinder, die vor dem russischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung, vor Bombenterror und marodierenden Truppen fliehen müssen, auch in Bayern Aufnahme und Unterstützung finden müssen – im Gegensatz zu den Migranten, die aus rein wirtschaftlichen Gründen in unsere Sozialsysteme einwandern wollen. Vor diesem Hintergrund sind die Mittel für die Stiftung Obdachlosenhilfe zwingend zu erhöhen, aber nicht zu reduzieren. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem diesbezüglichen Änderungsantrag.

Ich komme zurück zu den originär durch die fehlgeleitete Corona-Politik der Bayerischen Staatsregierung verursachten Schäden. Es ist ein Allgemeinplatz unter Politikern geworden, insbesondere denjenigen der CSU und der FREIEN WÄHLER, die Jugend und die Kinder zu den Hauptbetroffenen der Corona-Maßnahmen zu stilisieren, obwohl man selbst diese katastrophale kinder- und jugendfeindliche Politik mitbetrieben hat.

Dass nun im aktuellen Haushaltsentwurf Mittel für Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe nicht nur nicht erhöht, sondern gekürzt werden, ist der komplett falsche Weg. Zur Bewältigung der massiven psychosozialen Folgen der Corona-Politik ist eine angemessene finanzielle Ausstattung im Bereich der Jugendhilfe unabdingbar. Auch diesbezüglich haben wir einen Änderungsantrag eingereicht.

Nachdem die Einschränkungen der vergangenen Jahre die Probleme von vielen Jugendlichen, eine Lehrstelle zu finden, verschärft haben, ist ein Handeln dringend angezeigt. Bedingt durch Verzögerungen in der Persönlichkeitsentwicklung durch die psychosozialen Folgen von Kontaktverboten, Distanzunterricht und weiteren Einschränkungen des täglichen Lebens hat sich dieses Problem deutlich verschärft.

Wir möchten einen neuen Haushaltstitel "Vorbereitung auf die Ausbildung, Sonderprogramm für Jugendliche zur Förderung der Ausbildungsreife" schaffen. Hiermit sollen

Programme gefördert werden, die Jugendliche mit Entwicklungsverzögerungen zur Aufnahme einer Ausbildung motivieren und ihnen erste Berufserfahrung ermöglichen.

Im Zusammenhang mit der Corona-Politik, aber auch mit der mittlerweile massiv gestiegenen Inflation, die lange vor dem derzeitigen Krieg begann, kommen immer mehr Bürger im Freistaat in finanzielle Nöte. Deshalb ist aus unserer Sicht eine auskömmliche Finanzierung der Insolvenzberatung in Bayern dringend erforderlich. Eine schnelle und effektive Beratung vor Ort kann Schlimmeres oft verhindern. Deshalb sprechen wir uns für eine Erhöhung der Zuwendungen an Kommunen in diesem Bereich aus.

Es gibt also viele Bereiche, in denen Investitionen zwingend nötig sind und Sinn machen; allerdings gibt es auch Positionen im Haushaltsentwurf, die aus unserer Sicht weder nötig noch erforderlich sind. Hierzu gehört die komplette Titelgruppe 75 im Kapitel 10 07 des Einzelplans. – Glücklicherweise kann jeder Mensch sein Leben in Bayern heutzutage so führen, wie er möchte, unabhängig von seiner sexuellen Orientierung. Nun aber Steuermittel zu verwenden, um Maßnahmen im Bereich LSBTIQ umzusetzen, wie es in dem entsprechenden Titel heißt, ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Über die Beweggründe, derartige Pläne zu verfolgen, kann man nur spekulieren. Es liegt nahe, dass der Blinker damit links gesetzt werden soll. Vielleicht möchte man sich so bei dem nächsten potenziellen Koalitionspartner lieb Kind machen. Wir beantragen, die entsprechende Titelgruppe komplett zu streichen und die Gelder für die zuvor beschriebenen Maßnahmen und Projekte einzusetzen.

Einsparungspotenzial sehen wir auch bei der bisher bestehenden Förderung der Organisation Pro familia. Pro familia ist in der Schwangerschaftskonfliktberatung tätig, fordert aber zugleich ein Menschenrecht auf Abtreibung ein und betreibt auch selbst ambulante Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Wir sehen dabei einen massiven Interessenkonflikt und meinen: Die entsprechenden Mittel für diese Organisation sind zu streichen.

(Beifall bei der AfD)

Als sinnvolles Investitionsprojekt sehen wir die "Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind" an, die werdende Mütter in Not, kinderreiche Familien und Alleinerziehende in besonderen Notlagen unterstützt. Wir sprechen uns wie schon in den vergangenen Jahren für eine Erhöhung der entsprechenden Mittel aus.

Ich bitte um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Doris Rauscher das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal große Zahlen, sogar ein Aufwuchs um 4,5 % im Sozialhaushalt – davon könnte man richtig beeindruckt sein. Aber dem genauen Blick halten die Zahlen doch wieder nicht ganz stand; denn ein großer Teil der Gelder kommt aus Berlin. Wie gut, dass der Bund so entschlossen handelt – für Familien, für Kinder, für Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Eine Leistung der Staatsregierung ist das aber ganz sicher nicht.

Was würden wir hier in Bayern eigentlich machen, wenn die Bundesregierung dem Freistaat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nicht unter die Arme greifen würde? Bestes Beispiel: Kitausbau. Die jüngste Verlängerung des Sonderinvestitionsprogramms ging allein auf Bundesgelder zurück. Ohne den Bund wären viele der 75.000 neuen Plätze nicht möglich gewesen. Weitere 4.800 Plätze hätten wir selbst auf den Weg bringen können, wenn der Freistaat eigene, zusätzliche Gelder in die Hand genommen hätte. Hat er aber nicht! Rund 67 Millionen Euro fehlten, um nur die bereits eingereichten Anträge zu bearbeiten. Dabei sind all die Kommunen noch gar nicht berücksichtigt, die noch keinen Antrag gestellt haben. Doch anstatt zu handeln, schielt der Freistaat wieder nach Berlin.

(Beifall bei der SPD)

Bildungsangebote machen – das ist nicht Angelegenheit der Bundesregierung, vereehrte Staatsregierung. Sonst ist doch Bayern immer stolz auf seine Bildungspolitik. Darauf pocht Bayern immer deutlich – außer es geht darum, eigenes Geld in die Hand zu nehmen; dann ist es plötzlich doch wieder eine Bundesangelegenheit. Noch viel trauriger ist: Das zieht sich durch viele Bereiche des Haushalts. Statt innovativer Ideen und großer Würfe erleben wir wieder nur Flickschusterei und ein Nachjustieren am Status quo.

Für den Kollegen der FREIEN WÄHLER war im Haushaltsausschuss eine entscheidende Frage: Wo in dieser Gesellschaft gibt es Bedürftige, die die Hilfe des Staates brauchen? Danach sollte der Sozialhaushalt ausgerichtet sein. Wie soll ich es sagen: Das hat leider nicht geklappt, Herr Kollege! Wir von der SPD geben aber gern ein bisschen Nachhilfe. Wo also gibt es Bereiche, die viel mehr in den Fokus gerückt werden müssen und für die unsere Fraktion Änderungsanträge eingebracht hat?

Ein Bereich sind unsere Kitas. In den Kitas brennt es, und zwar lichterloh. Die Arbeitsbedingungen sind vielerorts nicht erst seit Corona eine Zumutung. Das Personal ist am Limit. Die Bildungs- und die Betreuungsqualität leiden. Das liegt einzig und allein an den Rahmenbedingungen. Was muss eigentlich noch passieren, damit sich etwas ändert, damit die Grundfinanzierung angehoben, der Personalschlüssel verbessert, die Leitungsfreistellung für alle Kitas refinanziert oder auch die Ausbildung über Opti-Prax besser refinanziert wird?

Den Verweis auf den Fachkräftemangel, Kolleginnen und Kollegen, kann niemand mehr hören; dieser ist schon ziemlich alt. Machen Sie endlich etwas dagegen! Verbessern Sie endlich die Arbeitsbedingungen in diesem Berufsfeld, anstatt immer die gleiche Ausrede zu finden!

(Beifall bei der SPD)

Es bedarf weiterer Unterstützung für Kinder und Jugendliche, zum Beispiel durch mehr Jugendsozialarbeit an Schulen. Auch in diesem Bereich wird ein großer Teil der neuen Stellen vom Bund – aus dem Corona-Aufholprogramm – finanziert.

Das Hauptproblem aber ist: Der Freistaat bleibt bei seiner seit Jahren gleichen Zuschusspauschale. Das reicht schon lange nicht mehr aus, vor allem nicht für finanzschwache Kommunen. Es reicht gleich gar nicht aus für diejenigen auf kommunaler Ebene, die sich den Zuschlag nicht leisten können; denn manche Kommunen und Schulen gehen schlichtweg leer aus. Darunter leiden die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Das ist ein Jammer, vor allem jetzt, mit Corona.

Ähnlich ist es bei der Berufseinstiegsbegleitung, die schon mehrmals erwähnt wurde. Wirtschaft, Schulen, Elternverbände, Verbandsvertreter – alle sagen: Dieser Wegfall ist eine Katastrophe. Wir sprechen hier von 3.500 jungen Menschen, die diese Begleitung dringend brauchten. Wir wissen doch, dass dieses Programm mit Erfolg gesegnet war. Wir brauchen also nicht weniger, sondern viel mehr Unterstützung.

Auch die Barrierefreiheit ist kein Nischenthema, sondern betrifft am Ende uns alle. Von den großspurigen Ankündigungen, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen, ist ziemlich wenig übrig geblieben; Kollegin Enders hat es im Grunde gerade beerdigt.

Das Thema Obdachlosigkeit kommt in dem vorliegenden Einzelplan 10 im Grunde überhaupt nicht vor. Was ist mit "Housing First"? Machen Sie es doch nun einfach, und unterstützen Sie die Menschen in Bayern, die es brauchen!

(Beifall bei der SPD)

Auf das Thema Frauenhäuser will ich gar nicht mehr in der Tiefe eingehen. Wir wissen, wie viele Plätze fehlen. Wir wissen, dass wir kein flächendeckendes Hilfsangebot haben. Auch hierfür brauchen wir Lösungen. Aber solche sind in diesem Einzelplan 10 kaum zu finden.

Kolleginnen und Kollegen, in diesem und in vielen weiteren Bereichen der Gesellschaft gibt es Bedürftige, die die Hilfe des Staates brauchen, aber mit dem Haushalt 2022 erneut nicht bekommen. Wir als SPD-Fraktion haben zu diesem Einzelplan zwanzig Änderungsanträge eingereicht, Stichworte: "Chancengerechtigkeit von Anfang an", "Stärkung der Jugendhilfe", "Generationenarbeit", "Inklusion" – usw. usf. Wir freuen uns auf Ihre Zustimmung. Ihr Sozialhaushalt, liebe Staatsregierung, CSU und FREIE WÄHLER, ist absolut unzureichend. Deswegen müssen wir ihn leider ablehnen. Wir brauchen ein soziales und starkes Bayern. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Julika Sandt das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Frau Ministerin, Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Einzelplans 10 aus dem Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales sieht eine Erhöhung des Ansatzes um 300 Millionen Euro, aber keinerlei neue Projekte vor. Große politische Akzente werden nicht gesetzt. Stattdessen erleben wir den schleichenden Anstieg von Zuschüssen. Demgegenüber werden die Investitionsausgaben um rund ein Drittel gekürzt. Das ist fatal für den Ausbau von Kitas und Frauenhäusern.

Der größte Batzen – 769 Millionen Euro – fließt in das Familiengeld. Dieses Geld wäre viel besser in die Qualität und den Ausbau von Kitaplätzen investiert. Das böte Kindern die Chance, einen guten Start in die Schule zu schaffen, das heißt motiviert zu sein und Spaß am Lernen zu haben. Die Familien hätten auch eine viel bessere Möglichkeit, Familie und Karriere zu vereinbaren. Statt mit einem Familiengeld – einer Umverteilung mit der Gießkanne – ist ihnen viel mehr geholfen, wenn sie auf eigenen Beinen stehen können, wenn die Kita eine gute Qualität hat, wenn sie Familie und Karriere vereinbaren können, wenn sie ihr Leben lang berufliche Perspektiven haben,

ohne ewige Unterbrechungen. Ein weiterer Vorteil wäre eine bessere Altersversorgung. Deshalb wollen wir von der FDP allein in die Qualität fast 200 Millionen Euro mehr investieren. So wollen wir einen besseren Betreuungsschlüssel erreichen und eine praxisintegrierte Erzieherausbildung stärken. Wir wollen eine Qualitätsbegleitung und Fachberatung festschreiben. Wir wollen auch bedarfsgerechte Öffnungszeiten ermöglichen.

Herr Dr. Hopp, Sie haben von der Stärkung der Digitalisierung gesprochen. Was die Medienkompetenz angeht, so kann ich Sie nur auffordern, sich die Situation einmal anzuschauen. Für das Zentrum für Medienkompetenz in der Frühpädagogik waren ursprünglich elf Stellen eingeplant; das wurde groß angekündigt. Daraus wurden irgendwann fünf Stellen. Das Zentrum wird jetzt in das Institut für Frühpädagogik integriert. Letzten Endes passiert gar nicht mehr viel in Sachen Medienkompetenz. Deswegen fordern wir, dass wir für diesen Bereich 628.900 Euro mehr ausgeben.

Ganz wichtig ist der Ausbau: Sie haben gesagt, es wird in den Ausbau investiert. Ja, aber es fehlen noch 50.000 Plätze, vor allen Dingen bei den Unter-Dreijährigen. Deswegen war es einfach falsch, dass die Regierung das Investitionsprogramm nicht aufstockt und nicht verlängert. Das wollen wir ändern. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der FDP)

Damit Kinder und vor allen Dingen Jugendliche später einmal bessere Chancen haben, wollen auch wir von der FDP unbedingt – die Kolleginnen von SPD und GRÜNEN haben das natürlich schon angesprochen –, dass die Berufseinstiegsbegleitung wieder voll ermöglicht wird, dass Bildungsgerechtigkeit erreicht wird, dass wir einfach einen besseren Start in Ausbildung und Beruf haben. Dort gibt es niedrige Abbruchquoten, das spart uns künftige Kosten in der Sozialhilfe.

Wir wollen einen Jugend-Check für Gesetze, wir wollen eine Landeselternvertretung Kita, wir wollen den Kinderschutz mit einer Experten-Kommission und dem Programm

"Trau Dich!" stärken, das wir flächendeckend an allen Grundschulen verankern wollen, damit Kinder besser gerüstet und besser gewappnet sind.

Ich verstehe auch nicht, warum Sie zum zweiten Mal die Mittel für den Abbau von Gewalt gegen Frauen und Kinder kürzen wollen. Das wollen wir mit unseren Anträgen verhindern. Die Mittel für den Ausbau von Frauenhäusern wollen Sie um 2,3 Millionen Euro kürzen. Das ist fatal. Wir haben jetzt schon viel zu wenige Plätze. Diese müssen dringend ausgebaut werden.

Sie haben Frauenpolitik und Prostituiertenberatung in einer Titelgruppe zusammengefasst. Das ist befremdlich. Wir wollen, dass die Beratung von Prostituierten über Ausstieg und Neuorientierung stärker ausgebaut wird, und sehen hier das Dreifache von dem vor, was Sie vorsehen.

Wir wollen, dass Reproduktionsmedizin finanziert wird. Vor allen Dingen auch Martin Hagen hat sich sehr dafür eingesetzt. Sie rühmen sich damit, aber Sie wollen den Ansatz halbieren. Bayern ist übrigens das einzige Bundesland, das hier im Moment einen Förderstopp verhängt hat. Viele Familien warten auf die Förderung.

(Beifall bei der FDP)

Sträflich vernachlässigt haben Sie auch die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Vor einem Jahr hat die Staatsregierung die Mittel für die Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt um ein Drittel gekürzt. Das wollen wir ändern. Wir wollen auch, dass die Konversion von Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung ordentlich ausgebaut wird, so, wie ursprünglich von der Staatsregierung mal geplant.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Frau Kollegin Sandt.

Julika Sandt (FDP): Alles in allem kann ich Sie nur auffordern: Unterstützen Sie unsere Anträge für Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche, für den Schutz von

Kindern und Frauen. Unser dritter Schwerpunkt ist die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Bitte stimmen Sie hier mit, setzen Sie sich dafür ein.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sandt. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Thomas Huber das Wort.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mein Kollege Dr. Hopp hat ja bereits überzeugend dargestellt, dass wir in Bayern einen klaren Schwerpunkt auf ein soziales und ein menschliches Bayern legen. Bayern ist ein Land, das seinen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an sozialer Sicherheit, aber auch an sozialem Zusammenhalt bietet. Auch in der jetzt schon seit zwei Jahren andauernden Corona-Pandemie hat die Staatsregierung stets versucht, niemanden zurückzulassen. Im Vergleich mit anderen Ländern können wir doch alle behaupten, dass uns das wirklich gut gelungen ist. Das darf man an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sozialer Zusammenhalt und ein lebenswertes Miteinander sind nicht allein das Resultat großzügiger staatlicher Hilfen und Zahlungen. Ja, sie sind notwendig, um zu helfen. Aber sozialer Zusammenhalt ist vor allem auch dem unermüdlichen Einsatz und dem Engagement, der beispielhaften Hilfsbereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger überall in Bayern zu verdanken. Der Wille, Verantwortung für andere zu übernehmen und mit anzupacken, diese hervorragenden Eigenschaften haben sich in den letzten beiden Jahren der Corona-Pandemie eindrucksvoll gezeigt.

Das zeigt sich auch einmal mehr in der Hilfsbereitschaft gegenüber den vielen ukrainischen Flüchtlingen, die jetzt zu uns kommen. Über 100.000 sind bis zum jetzigen Zeitpunkt bei uns in Bayern angekommen. An erster Stelle muss also heute unser aller Dank all den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes gelten, die allerorten an Bahn-

höfen und an Busterminals bereitstehen, große Summen spenden, ihren eigenen Hausstand nach Kleidung, nach Brauchbarem durchsuchen, die Kisten für die Ukraine packen oder sogar ihr Haus, ihre Wohnung zur Verfügung stellen, um geflüchtete Menschen, Frauen und Kinder, aufzunehmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Diese große Hilfsbereitschaft erlebe ich jeden Tag auch bei mir im Landkreis Ebersberg. Von circa 1.500 Geflüchteten sind nur 152 staatlich untergebracht. Der überwiegende Teil der Geflüchteten wird also von Privatpersonen versorgt und untergebracht. Ich glaube, da können wir zu Recht behaupten, dass das eine unglaubliche humanitäre Leistung ist, für die wir den Menschen unendlich dankbar sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber nicht nur die Hilfe für die Ukraine ist sprechender Beweis. In Bayern leben freiwilliges Engagement und Ehrenamt. Mehr als 40 % der Bürgerinnen und Bürger über 14 Jahren engagieren sich ehrenamtlich: im Sportverein, im Trachtenverein, in der Blasmusik, im Rettungsdienst, bei der Wasserwacht, im Katastrophenschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Naturschutz, in der Nachbarschaftshilfe und bei den Tafeln.

Diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt, für den Bayern bundesweit bekannt ist und um den es oftmals sogar beneidet wird, wollen wir als Sozialpolitiker weiter stärken. Daher haben wir auch im Rahmen der diesjährigen Fraktionsinitiative ganz besonders Institutionen bedacht, die das Ehrenamt und die aktive Bürgergesellschaft, von Alois Glück damals ins Leben gerufen, unterstützen. Mit unserer Fraktionsinitiative wollen wir zum Beispiel die Zukunftsstiftung Ehrenamt, die Zentren für lokales Freiwilligenmanagement und das Projekt "Anlaufstellen für Bildung und Bürgerschaftliches Engagement" der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung mit insgesamt 550.000 Euro zusätzlich unterstützen. Ebenfalls aus der Fraktionsinitiative unterstützen wir das Landesnetzwerk bayerischer Mehrgenerationenhäuser mit weiteren 100.000 Euro.

Als Sozialpolitiker behalten wir aber natürlich auch die Schwächsten im Blick, zum Beispiel mit 550.000 Euro für den Aktionsplan "Hilfe bei Obdachlosigkeit" und mit dem Landesverband Tafel Bayern. Die Bahnhofsmissionen wurden bereits angesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle sage ich: Die Pandemie hat beispielsweise die Zahl der Tafelkunden rapide in die Höhe schnellen lassen. Unser Dank gilt hier den zahlreichen Ehrenamtlichen der Tafeln sowie den Helferinnen und Helfern in der Obdachlosenhilfe. Ihnen allen ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und von der SPD, wir unterstützen auch Frauen, die in Frauenhäusern Zuflucht gesucht haben und von Gewalt bedroht sind, und stellen hier zusätzlich 650.000 Euro für die bewährten "Second Stage"-Projekte, aber auch für deren Evaluation zur Verfügung, die erforderlich ist, um zu entscheiden, wie es weitergeführt wird. Auch hier sind die Bedarfe natürlich infolge des Lockdowns leider sprunghaft gestiegen. – Wir lassen auch unsere Jugendlichen nicht im Stich. Unsere Initiativen dazu werden angesprochen.

Liebe AfD, Sie leben anscheinend im letzten Jahrtausend. Bayern ist vielfältig und lebt ein gutes Miteinander. Dazu gehört auch die Unterstützung für LSBTIQ. Deswegen fördern wir hier den Ausbau der Beratungsstrukturen.

Uns ist auch die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Frühförderstellen für Menschen mit Hörbehinderung wichtig.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege Huber.

Thomas Huber (CSU): Deswegen gibt es auch hier noch mal 200.000 Euro zusätzlich.

Familiengeld, Beitragszuschuss, Krippengeld – alles wurde genannt. Liebe Kolleginnen und Kolleginnen, wir wollen weiterhin einen Schwerpunkt im Bereich für Familie setzen. Sie ist Keimzelle der Gesellschaft. Das sind für uns keine Worthülsen, sondern wir lassen unserer Überzeugung auch Taten folgen. Die Zahlen wurden genannt. Daher unterstützen wir unsere Familien wie kein anderes Bundesland.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein herzliches Dankeschön an die scheidende, ausgeschiedene Familienministerin.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Huber.

Thomas Huber (CSU): Der neuen Ministerin wünschen wir alles Gute. Auf eine gute Zusammenarbeit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung gibt Ihnen sogar eine Redezeitverlängerung, nämlich von Frau Kollegin Julika Sandt, FDP.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege, Sie rühmen sich mit der Einmalzahlung für gehörlose Menschen aus der Fraktionsreserve in Höhe von 1,3 Millionen Euro. Ist das denn bei 9.000 Betroffenen nicht eine lächerliche Summe? – Ich denke, Menschen brauchen doch langfristig Unterstützung, Gebärdendolmetscher und Ähnliches, um teilzuhaben – wir hatten das ja immer wieder im Ausschuss –, um sich zum Beispiel auch politisch zu beteiligen und sich zu engagieren. Das ist doch eine völlig lächerliche Summe. Würden Sie nicht lieber unsere Anträge unterstützen, dass man dauerhaft 25,5 Millionen für diesen Bereich investiert?

Thomas Huber (CSU): Sie haben mir offensichtlich gerade nicht zugehört. Sie haben Ihre vorbereitete Rede gehalten, ohne Bezug zu nehmen auf das, was ich gesagt habe. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich bei meinen Ausführungen von 1,35 Millionen Euro für Gehörlose gesprochen habe. Das habe ich jedenfalls nicht gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Es stimmt aber, dass wir einen Änderungsantrag der Regierungsfractionen dazu eingereicht haben. Offensichtlich haben Sie mir aber nicht zugehört. Es geht uns um die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Frühförderstellen. Es geht uns um die Verbesserung der Beratungssituation pflegebedürftiger Menschen mit Hörbehinderung. Für diese haben wir zusätzlich 200.000 Euro zur Verfügung gestellt. Ja, es ist richtig, wir stellen auch zusätzlich 1,35 Millionen Euro, auch auf Antrag des Koalitionspartners, zur Verfügung. Wir haben im Sozialausschuss dazu eine sehr emotionale Debatte geführt. Ich habe größtes Verständnis für die Situation gehörloser Menschen in Bayern. Ich habe auch Verständnis für die Forderung eines Nachteilsausgleichs.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Huber, vielen Dank.

Thomas Huber (CSU): Gerade dieser – wie haben Sie gesagt? – Tropfen auf den heißen Stein ist auch Geld.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Huber.

Thomas Huber (CSU): Das ist auch Geld, nämlich fast 150 Euro für jeden Gehörlosen in Bayern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt sind wir wirklich deutlich über der Redezeit.

(Der Vizepräsident schaltet das Rednermikrofon aus)

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina. – Vielen Dank, Herr Kollege Huber.

(Beifall bei der CSU)

Bitte schön, Frau Kollegin Celina für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Herr Huber, die emotionale Debatte aus dem Sozialausschuss können wir gleich weiterführen. Genau deswegen stehe ich hier. Politische Entscheidungen können lange dauern. Das wissen wir alle. Aber eine Zeit von elf oder zwölf Jahren ist unerträglich lang. Das schrieb vor wenigen Tagen eine gehörlose Frau an die Sozialpolitiker im Haus bzw. an die, die die Aufgabe haben, sich um dieses Thema zu kümmern. Diese Frau schrieb noch mehr. Ich möchte hier und heute nicht selbst für ein Gehörlosengeld sprechen; denn das habe ich im Sozialausschuss bereits ausreichend getan. Stattdessen will ich die Worte dieser Betroffenen zitieren; denn diese tun mir weh, und Sie müssten auch Ihnen wehtun. Gerichtet an die CSU schreibt sie: Ich habe genug davon, dass Sie uns kategorisch an der Teilhabe hindern. Ich habe genug davon, immer wieder überlegen zu müssen, wie ich irgendwie ohne einen Dolmetschereinsatz an wichtige Beratungen oder Informationen kommen soll, weil es mir so viel Geld kostet und ich an anderer Stelle sparen muss, so wie viele Gehörlose es in Bayern auch tun müssen. –

Die Betroffene schickte mir eine Rechnung über 200 Euro für eine Dolmetscherin, die sie zur Energieberatung begleitet hat. Das sind 200 Euro zusätzlich dafür, dass die Betroffene genau das tut, was gerade nötig ist, nämlich eine Fachberatung in Anspruch zu nehmen, um von fossilen Energien wegzukommen und den CO₂-Verbrauch zu reduzieren. Das dauerhafte echte Gehörlosengeld wäre ein wichtiger Baustein dafür, ihren lebenslangen Nachteil wenigstens ein bisschen auszugleichen. Ihre CSU-Antwort darauf ist aber ein Almosen, ein paar wenige Euro ein einziges Mal im Jahr vor der Landtagswahl. Das ist so durchsichtig, das ist so lächerlich, und das spottet jeder Beschreibung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Frau schreibt Ihnen in ihrem Brief: Wir sind Steuerzahler und Wähler. Menschenrechte gelten auch für uns. – Sie spricht die CSU direkt an, und diese Worte müssten Ihnen bis ins Mark gehen: Bis heute wird uns Teilhabe dank der ständigen Ablehnun-

gen durch die CSU verwehrt. Bis zum Regierungsantritt waren die FREIEN WÄHLER dafür, schnell ein Gehörlosengeld in Bayern einzuführen. Seit die FREIEN WÄHLER nun in der Regierungskoalition mitregieren, lehnen sie es nun auch gemeinsam mit der CSU ab. –

Liebe CSUler, Sie verweigern bei einer Haushaltssumme von fast 72 Milliarden Euro den gehörlosen Menschen jedes Jahr aufs Neue ein Gehörlosengeld. Das ist schäbig, und das bleibt schäbig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das ist die Politik der CSU: Von oben mit der Gießkanne Geld verschütten an alle. Familiengeld für Großverdiener*innen, beitragsfreie Kita für Reiche und ein Landespflegefeld kurz vor der Wahl, um die eigene Macht zu erhalten. Das verdient nicht den Namen Sozialpolitik. Das ist nicht fair, nicht zielgerichtet, das ist einfach nur teuer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe früher gehofft, Sie würden irgendwann einsehen, dass Sie Ihr eigenes Versprechen, ein Gehörlosengeld einzuführen, mit uns umsetzen können. Jetzt bin ich mir sicher, das Gehörlosengeld wird kommen. Es ist gut möglich, dass wir die CSU nach der Wahl 2023 dazu gar nicht brauchen werden. Dann könnten wir endlich eine andere, eine gute, eine zielgerichtete Sozialpolitik machen für mehr Qualität in Kitas, für Inklusion am Arbeitsplatz und für wohnungslose Menschen in Bayern. Meine Kollegin Doris Rauscher hat viele Punkte aufgezählt. Für diese Menschen in Bayern streiten wir GRÜNE im Landtag mit unseren Haushaltsanträgen für eine zielgerichtete, effektive und gerechte Politik, die den Namen zu Recht trägt, und gegen eine planlose, ineffiziente Gießkannen-Machterhaltungspolitik der CSU.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein letzter Satz: Sie sind freie Abgeordnete. Sie sind gewählt. Sie haben heute die Möglichkeit, mit uns für ein faires und dauerhaftes Gehörlosengeld zu stimmen. Nutzen Sie diese Möglichkeit. Es ist Ihre persönliche Ent-

scheidung. Sie sind nicht Gefangene Ihres Ministerpräsidenten. Sie sind frei in Ihrer Entscheidung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Celina. – Für die Staatsregierung hat die Staatsministerin Frau Ulrike Scharf das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke allen Vorrednerinnen und Vorrednern für ihre Ausführungen. Der Einzelplan 10, so können wir gemeinsam festhalten, ist ein starkes Signal für ein starkes soziales Bayern. Er ist vor allen Dingen eine gute Antwort auf die Herausforderungen und Fragen unserer Zeit. Ich möchte Sie kurz auf einen Rückblick in das Jahr 1918 mitnehmen: Ein Weltkrieg geht zu Ende. Es gibt Millionen von Toten. Eine Spanische Grippe wütet in mehreren Wellen. Es gibt ebenfalls Millionen von Toten. In Bayern wird der Freistaat ausgerufen und wenige Tage darauf das erste Sozialministerium gegründet. Am 14.11.1918 wird das Bayerische Staatsministerium für soziale Fürsorge gegründet. Bayern ist fortan ein Freistaat und ein Sozialstaat. Diese Gleichzeitigkeit ist kein Zufall. Warum ist sie kein Zufall? – Weil wir Deutschen, weil wir Bayern spätestens seit 1945 drei Dinge gelernt haben: Erstens. Der Mensch ist frei. Seine Freiheit ist unverhandelbar. Zweitens. Auch die Würde des Menschen ist unverhandelbar. Drittens. Freiheit und Würde stehen und fallen mit sozialer Sicherheit. An der Stärke des Sozialstaates entscheidet sich unsere Zukunftsfähigkeit als Gesellschaft insgesamt.

Für Bayern darf ich diesem Hohen Haus mit dem Haushalt melden: Zukunftsfähigkeit gesichert, und Zukunftsfähigkeit ausgebaut. In einer Zeit, in der die Bäume nicht in den Himmel wachsen, klettert das Volumen unseres Einzelplans auf 7,35 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von satten 4,5 % – das haben wir heute schon mehrfach gehört. Diese 7,35 Milliarden Euro sind eine ganz starke Zahl. Bayern liefert, und wir stehen für eine Sozialpolitik der Tat.

Ich danke allen, die den Haushalt möglich gemacht haben, dem Ministerpräsidenten, unserem Finanzminister Albert Füracker, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss, die sich auch fraktionsübergreifend einig sind, dass beim Sozialen nicht gespart werden darf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen gilt ein herzliches Dankeschön schon im Voraus. Ihr Ja zum Einzelplan 10 ist ein Ja zu den Menschen in Bayern, ein Ja zum Zusammenhalt, ein Ja zur Eintracht und vor allen Dingen ein Ja zu jener Humanität, die dem Freistaat, dem Kulturstaat und auch dem Sozialstaat Bayern so gut zu Gesicht steht.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, liebe Frau Rauscher, dass Sie schon jetzt ankündigen, diesem Haushalt nicht zuzustimmen, ist ein ganz starkes Stück. Ich werde mir genau anschauen und merken, wer Nein sagt zum sozial starken Bayern.

Mich freut besonders, dass der Einzelplan 10 nicht nur von der Summe her, sondern auch von der Ausdifferenzierung her gut ist. Er ist ein Dokument der richtigen Schwerpunktsetzung. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen, und das ist auch gut so, weil wir damit zeigen, der Sozialstaat steht im Zentrum der politischen Diskussion. Wir ringen um ihn. Er ist Motor unseres Gemeinwesens. Indem wir auch die Schwachen unterstützen, sind wir als Demokratie stark. Darum geht es: Stark sein, die Demokratie verteidigen und die Disziplinen Sicherheit, Bildung, Wirtschaft, Umwelt, Beschäftigung und Soziales stärken. Das sozial erfolgreiche Bayern ist zugleich auch das ökonomisch erfolgreiche Bayern. Niemand sollte das eine gegen das andere ausspielen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine, einem Land mitten in Europa, in dem heute, während wir hier reden, ganze Familien ermordet werden. Butscha, Charkiw und Mariupol lauten die Chiffren der russischen Kriegsverbrechen. Indem wir geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer unterstützen, schaffen wir Menschlichkeit, humanitäre Hilfe und Solidarität – ein klarer Kontrapunkt zur Barbarei des Krieges. Unser Hilfetelefon mit über 8.000 Anrufen, Stand heute, unsere be-

ruflichen Anerkennungsstellen wie die KuBB in Nürnberg und das Engagement der Menschen, die sogar ihre Haustüren öffnen – ich bin mir sicher: Diese Menschlichkeit wird bleiben, Putin wird gehen.

Die Geflüchteten aus der Ukraine, aber vor allen Dingen auch – wir erleben das alle zusammen tagtäglich – die Corona müden Kinder und Jugendlichen, die Familien, die Alleinerziehenden und die Rentnerinnen und Rentner haben Angst vor der Inflation. Sie alle brauchen uns. Sie alle brauchen eine gute Sozialpolitik, die verlässlich ist, weil sie unserem Selbstverständnis als Sozialstaat entspringt und die maßgeschneidert ist, weil wir die Bedürfnisse kennen und anschauen. Mit diesem Anspruch haben wir den Einzelplan 10 konzipiert. Er ist eine breit ausgelegte Verantwortungsagenda. Ich greife das Wichtigste heraus und beginne bei unseren Familien.

Bayern ist Familienland Nummer eins in Deutschland. Wir haben die Familienleistungen innerhalb von zehn Jahren verdreifacht. 4,1 Milliarden Euro – das ist über die Hälfte unseres gesamten Haushalts, konkret 56 %. Die Rendite, die wir damit erzielen, bekommen wir an keiner Börse, bekommen wir bei keiner Bank. Die Rendite ist Verantwortungsbereitschaft von Anfang an. Die Familien und alle Orte kindlicher Bildung und Erziehung sind die Prägestätten dieser Verantwortungsbereitschaft. Deswegen lohnt sich hier jeder Euro. Wir investieren 4,1 Milliarden Euro.

Ich darf im Einzelnen darauf eingehen: Die Betriebskostenförderung für die Kitas nimmt heuer zum ersten Mal die Zwei-Milliarden-Hürde. Das ist ein ganz starkes Signal an die gesamte Kita-Familie, an Beschäftigte wie an die Eltern, im Übrigen auch mit sehr vielen Landesmitteln. Wir entlasten die Eltern bei den Kita-Kosten: über eine halbe Milliarde Euro Beitragszuschuss. Wir bauen die Betreuungsplätze mit erheblichen Landesmitteln aus: 73.500 Betreuungsplätze und 10.000 Hortplätze. Gleichzeitig gewährleisten wir Wahlfreiheit beim Bayerischen Familiengeld. Das gibt es nur bei uns, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch in diesem Jahr sind das wieder 769 Millionen Euro.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Eltern wissen am allerbesten, was für ihre Kinder gut ist. Deshalb noch mal: Wahlfreiheit durch das Familiengeld.

Kolleginnen und Kollegen, auch wenn uns der Bund in Sachen Verwaltungsvereinbarung immer noch im Regen stehen lässt: Wir stehen beim Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung der Grundschüler an der Seite unserer Kommunen. Wir werden an bis zu 50 Standorten Kombi-Einrichtungen zur Ganztagsbetreuung schaffen. Ich kann Ihnen sagen: Das wird stark nachgefragt. Deswegen mörteln wir die Förderung hier um 700.000 Euro auf, nämlich auf insgesamt 4,6 Millionen Euro für Kinder, für die Familien.

(Beifall bei der CSU)

Erstens Familien, zweitens Kinder und Jugendliche. Ich erwähne sie extra, weil sie im allgemeinen Pandemieüberdruß der Folgen der Pandemie am überdrüssigsten sind. Freunde treffen, feiern, vielleicht die erste Liebe – das ist doch das Grundnahrungsmittel für die Jugend und für die jungen Leute. Auf alles das mussten sie verzichten. Es ist vieles ausgefallen. Deshalb handeln wir. Wir haben das Konzept zur außerschulischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie aufgesetzt. Die Ausstattung ist so gut, wie der Titel lang ist. Wir investieren hier nicht nur Bundesmittel, sondern auch einen erheblichen Anteil an Landesmitteln. Also stimmt auch dieser Vorwurf so nicht, der in der letzten Stunde immer wieder erhoben wurde. Der größte Posten ist die Jugendsozialarbeit: 13,4 Millionen Euro, 210 Stellen on top.

Dahinter angesiedelt, aber nicht minder wichtig sind die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit mit einer knappen Million Euro und vor allen Dingen der Ausbau der Erziehungsberatung mit 1,8 Millionen Euro. Auch hier haben wir ein ganz klares Ziel: Invest in Future. Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb investieren wir hier.

(Beifall bei der CSU)

Erstens Familien, zweitens Kinder und Jugendliche, drittens Menschen mit Behinderung. Man muss den Menschen mit Behinderung in unserem Land immer wieder sagen: Wir brauchen euch, wir wollen euch. – Wir müssen das ganz bewusst auch aussprechen: Nicht "konform", "glatt gebügelt", "makellos" ist stark, sondern "bunt", "vielfältig", "mit Kanten und mit Kerben". Eine Gesellschaft ohne Vielfalt ist eine Gesellschaft der Einfalt. Ich habe schon so viele Begegnungen mit Menschen mit Behinderung gehabt. Immer wieder bin ich tief berührt, und vor allen Dingen prägt das meine Arbeit. Erst am vergangenen Freitag war die Eröffnung des neuen Hauses der Lebenshilfe in Regensburg wieder ein sehr berührender Moment für mich und entscheidend für die Haltung, die wir gemeinsam vertreten: ein klares Ja zur Inklusion, ein klares Ja zur selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Die Zahlen dazu: 32,7 Millionen Euro im Bayerischen Landesplan; starker Fokus auf das Thema Wohnen, weil die Ampel die Einrichtungsförderung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe streichen und abschaffen will; 95 Millionen Euro aus Landesmitteln für Investitionskostenförderung, allein 10 Millionen Euro für die Konversion von Komplexeinrichtungen. Wir reden von 360 Wohnplätzen, die wir schon gefördert haben, und es werden, so der Haushaltsgesetzgeber das will, jede Woche mehr.

Erstens Familie, zweitens Kinder und Jugendliche, drittens Menschen mit Behinderung, viertens die Schwächsten unter uns, die Wohnungs- und Obdachlosen. Hier sind die Kommunen zuständig. Trotzdem unterstützen wir sie mit fast 4 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, ich galoppiere etwas durch das Manuskript. Aber es ist mir wichtig, mit Blick auf den Krieg zu sagen: Der Krieg in der Ukraine ist eine Hydra. Unsere Menschen haben Angst. Wir wissen seit gestern aus einer Studie: Auch unsere Jugendlichen machen sich vermehrt Sorgen um ihre Zukunft. Die Leute haben Angst, dass der Krieg auf das NATO-Gebiet überschwappt, und sie haben vor allen Dingen Sorge, ob sie ihre Heizkosten und ihre Lebensmittel in Zukunft noch zahlen können. Es ist heute eine wichtige Gelegenheit und mir ein wichtiges Anliegen zu betonen: Daher kann ich über das Entlastungspaket der Ampel im Bund nur den Kopf schütteln.

Über 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner werden in diesem Entlastungspaket einfach vergessen, wahrscheinlich weil sie nicht mehr zur Arbeit pendeln. Da wedelt doch der "FDP-Schwanz" mit dem "SPD-Hund"!

(Beifall bei der CSU)

Das sogenannte Entlastungspaket, wie Sie das nennen, nenne ich einen sozialpolitischen Sündenfall. Ich rate Ihnen dringend: Schreiten Sie Seite an Seite und beziehen Sie die Rentnerinnen und Rentner schnellstmöglich mit ein.

Fünfter Punkt: die Vertriebenen in Bayern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erinnerungsarbeit ist längst Teil unserer Identität. Deswegen erhöhen wir den Haushaltsansatz für das Haus der Heimat in Nürnberg noch einmal um 80.000 Euro. Was mich ganz besonders freut: Auch das Ehrenamtsland Bayern profitiert von den Heimatvertriebenen seit Jahrzehnten und aktuell im Ukraine-Krieg. Die Vertriebenen sind eine ganz starke Unterstützung für die Integration der Geflüchteten. Ich finde, sie leisten eine großartige Arbeit. Daher fördern wir beim Haus der Heimat zwei zusätzliche Personalstellen.

Das Ehrenamtsland Bayern ist einfach großartig. Ich danke allen, die sich hier engagieren, allen Damen und Herren, allen Frauen und Männern und Jugendlichen und jungen Menschen. Wir stehen unglaublich stark da, weil wir ein starkes Ehrenamt haben. Ihnen allen ein ganz herzliches Vergelts Gott.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss mit einem umgedrehten Zitat von Karl Valentin schließen: Es ist noch nicht alles gesagt, und auch nicht von jedem. – Ich könnte noch weitermachen mit der Gleichstellung, mit dem Schutz von Frauen oder noch einmal mit dem Ehrenamt. Vieles liegt in der Zuständigkeit meines Hauses, und vieles ist mit großer Ambition auch in diesem Haushalt widergespiegelt. Jeder einzelne Euro ist ein Plus für die Lebensqualität und vor allem ein wichtiges Moment für die soziale

Sicherheit in unserem Lande. Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich um Ihre Zustimmung. Ich bitte um ein Ja zum Haushalt 2022 und zum Einzelplan 10. Außerdem bitte ich Sie um ein großes Ja im Sinne der Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Scharf. – Uns liegen drei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt von Frau Kollegin Kerstin Celina vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie sprechen gleich im ersten Satz von der Zustimmung für ein gutes, starkes und soziales Bayern, die Sie von uns gerne möchten. Bei allem Respekt, ich glaube, Sie haben den Einlassungen der Oppositionsfraktionen gar nicht zugehört. Wir haben ausführlich beschrieben, warum dieser Haushalt eben kein starkes und soziales Bayern darstellt. Die Schwerpunkte dieses Haushalts sind kein Gehörlosengeld, wenig für Barrierefreiheit und wenig für obdachlose Menschen. Sie wissen ja nicht einmal, wie viele Obdachlose es in Bayern überhaupt gibt. Stattdessen gibt es Transferleistungen für reiche Menschen. Halten Sie Ihre Aussage angesichts der Kritik, die ich noch einmal zusammengefasst habe, aufrecht?

Zweiter Punkt, geflüchtete Menschen: Ja, sowohl Sie, Herr Kollege Huber, als auch wir danken allen Menschen, die jetzt geflüchtete Menschen aufnehmen. Tatsache ist aber, dass wir im Jahr 2015 Flüchtlinge aus dem zerbombten Syrien und aus dem umkämpften Afghanistan nicht in Privatwohnungen aufnehmen konnten. Diese Menschen durften nicht arbeiten und sind heute noch Flüchtlinge zweiter Klasse. Es war Ihre CSU-Asylpolitik, die diese Menschen zu Flüchtlingen zweiter Klasse gemacht hat.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Kerstin Celina (GRÜNE): Haben Sie vor, soziale Politik für Flüchtlinge zu gestalten, egal, woher diese kommen? Wie wollen Sie die Ehrenamtlichen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, die ich jetzt als Flüchtlinge zweiter Klasse beschrieben habe, unterstützen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Kollegin, ich glaube, Sie waren in letzter Zeit ganz wenig draußen. Haben Sie nicht gesehen, wie sich Ehrenamtliche bei uns für Menschen, die Flucht und Vertreibung erlitten haben, engagieren? Hier haben Sie wahrscheinlich etwas übersehen. Ich halte es für unglaublich schwierig, die heutige Situation mit der Situation in den Jahren 2014 und 2015 zu vergleichen. Das hat nichts miteinander zu tun. Jetzt flüchten Menschen vor einem fürchterlichen Angriffskrieg. Das sind Frauen, das sind Kinder, das sind Menschen mit Behinderungen, und das sind ältere Menschen. Ihr Vergleich hinkt sehr stark.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe Ihnen zugehört bei allem, was Sie zum Haushalt gesagt haben. Ich habe auch erwartet, was Sie gesagt haben. Ich habe mich vorbereitet, und mir ist nicht unbekannt, welche Änderungsanträge bereits diskutiert wurden. Aber wissen Sie, die Opposition kann es sich immer leicht machen und das Paradies versprechen. Wir haben einen unglaublich hohen Etat, und es gilt, diesen verantwortungsvoll zu verwalten. Sie können das offenbar nicht; denn sonst würden Sie nicht solche Forderungen stellen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP.

Julika Sandt (FDP): Frau Ministerin, Sie haben gesagt, wer Ihrem Einzelplan nicht zustimme, wäre nicht für ein starkes und soziales Bayern. Sie würden sich merken, wer diesen Einzelplan ablehne. – Ich möchte Sie mit Blick auf die Änderungsanträge, die wir gestellt haben, fragen: Sagen Sie Ja zu mehr Chancen für Kinder und Jugendliche? Sagen Sie Ja zum Schutz von Kindern und Frauen? Sagen Sie Ja zu mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen? Dann hätten Sie doch dafür sorgen können, dass Ihre Regierungsfraktion all den Änderungsanträgen, die wir vorgelegt haben, zustimmt. Hätten Sie zu diesen Änderungsanträgen Ja gesagt, hätten wir diesem Haushaltsplan zustimmen können. Er wäre dann auch sauber gegenfinanziert.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Kollegin, liebe Julika, natürlich können wir jetzt noch einmal alle Themen aufzählen. Ich konnte übrigens akustisch nicht alles verstehen, weil es zu leise war. Ich möchte aber gerne noch einmal eine Zahl im Hinblick auf das Thema "Gewalt gegen Frauen" herausgreifen. Seit 2019 gibt es einen unglaublichen Anstieg der Fördermittel und der Unterstützung für diese Personengruppe. Die Mittel sind von 3 Millionen Euro auf heute fast 19 Millionen Euro angestiegen. Ich frage mich, was wir noch unternehmen sollen, um Sie zu überzeugen. Ich bleibe dabei: Bayern ist sozial stark. Du redest das schlecht. Das finde ich schäbig. Ich bin der Überzeugung, dass wir sehr gut aufgestellt sind. Wir haben einen großen Etat, den wir im Sinne der Menschen und im Sinne derer, die unsere Hilfe ganz dringend brauchen, verantwortungsbewusst verteilen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Frau Ministerin, Sie sagten, sie würden sich sehr gut ansehen, wer den Einzelplan 10 ablehne. Ist das eine Drohung? Die SPD-Fraktion hat ihre Ablehnung sehr gut begründet. Das möchte ich zu Protokoll geben. Die SPD ist für die

Menschen da. Wir brauchen ein wirklich sozial starkes Bayern. Dieses Ziel erreichen Sie mit Ihrem Einzelplan nicht.

Am Rande möchte ich bemerken: Mehr als ein Viertel der Gelder, gute 2 Milliarden Euro, stammen vom Bund. Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Ergänzend zu Ihrem Hinweis, die Rentner würden übersehen: Sind 17 Milliarden Euro für das Entlastungspaket nichts? Sie sagten, dieses Entlastungspaket wäre ein sozialpolitischer – – Was? Vielleicht können Sie das wiederholen. Die Rentner im Westen bekommen 5,3 % und die Rentner im Osten 6,12 % mehr Rente ab Juli.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Kollegin, es ist schon spannend, dass Sie die Rentenerhöhung in die Debatte über diesen Haushaltsplan hineinziehen, um darzustellen, dass Sie das Entlastungspaket nicht gelesen und nicht verstanden haben. Im Entlastungspaket der Ampelkoalition im Bund sind 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner – ich nenne noch einmal diese Zahl – einfach unberücksichtigt geblieben. Sie sollten sich das noch einmal anschauen und noch einmal lesen.

(Beifall bei der CSU)

Ich lächle, weil ich mich über den Einzelplan 10 freue. Ich würde mich freuen, wenn ihm viele zustimmen. Ich drohe hier niemandem, aber ich merke mir sehr genau, wer diesem Einzelplan für ein starkes und soziales Bayern heute nicht zustimmen wird.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20703 mit 18/20721, 18/20756 mit 18/20780, 18/20856 bis 18/20870, 18/20969 mit 18/21000, 18/21035 mit 18/21042, 18/21066 mit 18/21074

und 18/21260 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/21903 zugrunde.

Zunächst kommen wir zu den vorab angekündigten vier namentlichen Abstimmungen. Verwenden Sie hierfür bitte jeweils Ihr Abstimmungsgerät. Vorab erinnere ich daran, dass zwischen dem jeweiligen Schluss der namentlichen Abstimmung und dem Beginn der nächsten namentlichen Abstimmung jeweils eine kurze Pause von etwa 15 Sekunden liegen muss, damit das elektronische Abstimmungssystem wieder zur Verfügung steht.

Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gehörlosengeld einführen" auf Drucksache 18/20858. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 12:27 bis 12:30 Uhr)

– Offensichtlich konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben. Damit ist die Abstimmung beendet.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion betreffend "Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung sichern", Drucksache 18/21042. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt jetzt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

– Ich schaue ins Plenum: Konnten alle ihre Stimme abgeben? – Noch nicht, dann probieren Sie es noch mal. Falls es Probleme gibt, steht Ihnen Frau Dr. Corlazzoli gerne zur Verfügung. Probieren Sie es einfach zwei, drei Mal, beim dritten Mal klappt es dann meistens. – Herrn Gotthardt nehmen wir hier schriftlich auf.

(Namentliche Abstimmung von 12:31 bis 12:34 Uhr)

Gibt es noch einen Kollegen oder eine Kollegin, bei dem oder der es nicht funktioniert hat? – Ansonsten konnten alle ihre Stimme abgeben. Dann ist die Abstimmung jetzt geschlossen.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gehörlosengeld einführen", Drucksache 18/20858, bekannt. Mit Ja haben 42 gestimmt, mit Nein 77, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Dann fahren wir jetzt mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern auf dem Niveau der Vorjahre erhalten", Drucksache 18/20708, fort. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Abstimmungszeit: zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

– Sie haben noch eine Minute; ich frage dann ab, ob es bei allen funktioniert hat.

(Namentliche Abstimmung von 12:35 bis 12:37 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten abstimmen? – Das ist offensichtlich der Fall; dann ist die Abstimmung geschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion betreffend "Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung sichern", Drucksache 18/21042, bekannt. Mit Ja haben 41 gestimmt, mit Nein haben 78 gestimmt, Stimmenthaltungen: 1. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Bildungsgerechtigkeit von Anfang an – Kita-Qualität endlich verbessern", Drucksache 18/20720. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Abstimmungszeit: zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 12:38 bis 12:40 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern auf dem Niveau der Vorjahre erhalten", Drucksache 18/20708, bekannt. Mit Ja haben 32 gestimmt, mit Nein haben 75 gestimmt, Stimmenthaltungen: 13. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

In Kürze liegt uns auch das Abstimmungsergebnis zum vierten Änderungsantrag vor. –Danke für Ihre Geduld, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Bildungsgerechtigkeit von Anfang an – Kita-Qualität endlich verbessern" auf Drucksache 18/20720 bekannt. Mit Ja haben 11 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 78 Abgeordnete, Stimmenthaltungen: 32. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 10 selbst. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/21903 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion. Danke schön. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Danke schön. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind im Moment nicht anwesend. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/21903 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21035 mit 18/21041,

18/21066 mit 18/21074 und die Drucksache 18/21260 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2022; hier: Gehörlosengeld einführen (Kap. 10 03 Tit. 681 01) (Drucksache 18/20858)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Düinkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	42	77	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2022; hier: Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung sichern (Kap. 10 05 TG 74) (Drucksache 18/21042)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara			X
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Düinkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	41	78	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2022; hier: Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern auf dem Niveau der Vorjahre erhalten (Kap. 10 05 TG 76 neuer Tit.) (Drucksache 18/20708)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara			X
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Düinkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			X
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra			X
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			X
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	32	75	13

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD; Haushaltsplan 2022; hier: Bildungsgerechtigkeit von Anfang an - Kita-Qualität endlich verbessern (Kap. 10 07 TG 88 - 94) (Drucksache 18/20720)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal			X
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus			X
Busch Michael			
Celina Kerstin			X
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			X
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Düinkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			X
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick			X
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			X
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra			X
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			X
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			X
Urban Hans			X
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			X
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	11	78	32

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Personal für die Geschäftsstelle des Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 01 Tit. 428 21)
Drs. 18/20703
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Wege aus der Obdachlosigkeit: Studie zu „Housing First Bayern“
(Kap. 10 03 Tit. 683 01)
Drs. 18/20704
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Unterstützung für Menschen in besonderen Lebenslagen – Wohnungs- und obdachlose Menschen besser unterstützen
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/20705
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Bessere Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) in Bayern
(Kap. 10 05 TG 73)
Drs. 18/20706
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Finanzielle Förderung beruflicher Qualifizierung
(Kap. 10 05 TG 75 neuer Tit.)
Drs. 18/20707

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern auf dem Niveau der Vorjahre erhalten
(Kap. 10 05 TG 76 neuer Tit.)
Drs. 18/20708
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 18/20709
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Geld für Generationenarbeit – Mehrgenerationenhäuser als Orte der Begegnung stärken
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 18/20710
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Hilfe für sozial Benachteiligte – mehr Entlastung für Familien
(Kap. 10 07 Tit. 681 73)
Drs. 18/20711
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Hilfen für sozial Benachteiligte – Ausbau betreuter Frühstücksangebote an Grund- und Förderschulen
(Kap. 10 07 Tit. 684 05)
Drs. 18/20712
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Unterstützung für junge Menschen in schwierigen Lebenslagen – Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 18/20713
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Geld für Generationenarbeit – Sonderprogramm „Gut leben im Alter – Teilhabe ermöglichen“
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 18/20714

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Hilfe für sozial Benachteiligte – Ganzheitliche Konzepte in Brennpunktvierteln etablieren!
(Kap. 10 07 TG 73)
Drs. 18/20715
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern – mehr Geld für Digitalisierung
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 18/20716
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Doris Rauscher u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Geld für die Jugendarbeit in Bayern
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/20717
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Doris Rauscher u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Neue Chancen für die Jugendarbeit – Einrichtung eines Digitalisierungsfonds
(Kap. 10 07 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 18/20718
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderungen von barrierefreien Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 18/20719
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Bildungsgerechtigkeit von Anfang an – Kita-Qualität endlich verbessern
(Kap. 10 07 TG 88 - 94)
Drs. 18/20720
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung der LAG Mädchenpolitik Bayern
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/20721

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 10 02 Tit. 526 99)
Drs. 18/20756
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 10 02 Tit. 526 11)
Drs. 18/20757
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/20758
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen
(Kap. 10 03 Tit. 683 87)
Drs. 18/20759
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stiftung Obdachlosenhilfe
(Kap. 10 03 Tit. 698 72)
Drs. 18/20760
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben – Landesfachstelle für Barrierefreiheit
(Kap. 10 05 Tit. 547 84)
Drs. 18/20761
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 893 01)
Drs. 18/20762

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)
Drs. 18/20763
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung heimatpolitischer Anliegen
(Kap. 10 06 Tit. 686 03)
Drs. 18/20764
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten für Beratungsstellen (Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder)
(Kap. 10 07 Tit. 535 82)
Drs. 18/20765
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten der/des Beauftragten für das Ehrenamt
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)
Drs. 18/20766
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten der Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe
(Kap. 10 07 Tit. 547 74)
Drs. 18/20767
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe)
(Kap. 10 07 Tit. 633 74)
Drs. 18/20768
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Drs. 18/20769

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung
(Kap. 10 07 Tit. 633 92)
Drs. 18/20770
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Familiengeld nach dem Bayerischen Familiengeldgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/20771
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen an natürliche Personen – Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktionsmedizin
(Kap. 10 07 Tit. 681 66)
Drs. 18/20772
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landeserziehungsgeld
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 18/20773
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerisches Krippengeld
(Kap. 10 07 Tit. 681 91)
Drs. 18/20774
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (Frauenpolitik, -förderung)
(Kap. 10 07 Tit. 686 83)
Drs. 18/20775
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/20776

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige – Ausbau von Frauenhauskapazitäten
(Kap. 10 07 Tit. 893 82)
Drs. 18/20777
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landeselternvertretung/Landeselternbeirat der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/20778
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Jugend-Check
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/20779
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 10 66 Tit. 428 01)
Drs. 18/20780
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
(Kap. 10 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20856
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 10 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20857
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gehörlosengeld einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/20858

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Wohnungs- und Obdachlosenhilfe stärken!
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/20859
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung staatlich anerkannter Schwangerenberatungsstellen
(Kap. 10 07 Tit. 633 77)
Drs. 18/20860
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Erhöhung des Basiswerts zur kindbezogenen Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/20861
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Drs. 18/20862
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Familiengeld sozial staffeln
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/20863
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausbau der Ganztagesplätze an den Grundschulen
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/20864
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich der Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 Tit. 684 60)
Drs. 18/20865

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Second-Stage-Regelförderung
(Kap 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/20866
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausbau von Fachstellen für Täterarbeit
(Kap 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/20867
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Anpassung der Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich LSBTIQ*
(Kap. 10 07 Tit. 686 75)
Drs. 18/20868
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderprogramm zur Stärkung der Kindertagespflege
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/20869
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fanprojekte solide finanzieren
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/20870
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten für die Erteilung von Forschungsaufträgen
(Kap. 10 03 Tit. 526 21)
Drs. 18/20969
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 10 03 Tit. 633 73)
Drs. 18/20970

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden
(Kap. 10 03 Tit. 671 89)
Drs. 18/20971
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden
(Kap. 10 03 Tit. 671 95)
Drs. 18/20972
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beihilfen
(Kap. 10 03 Tit. 681 88)
Drs. 18/20973
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen
(Kap. 10 03 Tit. 681 89)
Drs. 18/20974
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen
(Kap. 10 03 Tit. 683 87)
Drs. 18/20975
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 18/20976
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern“
(Kap. 10 03 Tit. 698 72)
Drs. 18/20977

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen für den Arbeitsmarkt und die soziale Infrastruktur (neuer Tit.): Vorbereitung auf die Ausbildung, Sonderprogramm für Jugendliche zur Förderung der Ausbildungsreife
(Kap. 10 03 TG 60-61)
Drs. 18/20978
70. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige
(Kap. 10 07 Tit. 893 73)
Drs. 18/20979
71. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlichkeitsarbeit – Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Diskriminierung und Rassismus
(Kap. 10 07 Tit. 531 61)
Drs. 18/20980
72. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten für die Weiterentwicklung des Familienpakts Bayern einschließlich der Kosten für die Fortsetzung des gemeinsamen Betriebs der Servicestelle
(Kap. 10 07 Tit. 532 81)
Drs. 18/20981
73. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten der Durchführung von Maßnahmen zur Digitalisierung
(Kap. 10 07 Tit. 547 96)
Drs. 18/20982
74. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erstattungen an Landkreise, kreisfreie Städte und Große Kreisstädte für konnexitätsbedingte Mehrbelastungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes
(Kap. 10 07 Tit. 633 02)
Drs. 18/20983
75. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Erstattungen an Kommunen für Personal und Vormundschaftskosten im Bereich der Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen
(Kap. 10 07 Tit. 633 03)
Drs. 18/20984

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Minderjähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 04)
Drs. 18/20985
77. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 06)
Drs. 18/20986
78. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/20987
79. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
(Kap. 10 07 Tit. 633 67)
Drs. 18/20988
80. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen an natürliche Personen
(Kap. 10 07 Tit. 681 73)
Drs. 18/20989
81. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 61)
Drs. 18/20990
82. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)
Drs. 18/20991

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/20992
84. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe)
(Kap. 10 07 Tit. 684 74)
Drs. 18/20993
85. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung staatlich anerkannter Schwangerschaftsberatungsstellen nach Art. 14 Bayerisches Schwangerenberatungsgesetz (BaySchwBerG)
(Kap. 10 07 Tit. 684 77)
Drs. 18/20994
86. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 18/20995
87. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/20996
88. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen (Schutz unbereinigtes Leben; Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“)
(Kap. 10 07 Tit. 685 84)
Drs. 18/20997
89. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (Gleichstellung; Chancengerechtigkeit)
(Kap. 10 07 Tit. 686 75)
Drs. 18/20998

90. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
Drs. 18/20999
91. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke
(Kap. 10 07 TG 75)
Drs. 18/21000
92. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung sichern
(Kap. 10 05 TG 74)
Drs. 18/21042